



Nachholbedarf bei den Löhnen

Wirtschaftliche Rahmenbedin- gungen der Tarifrunden 2013

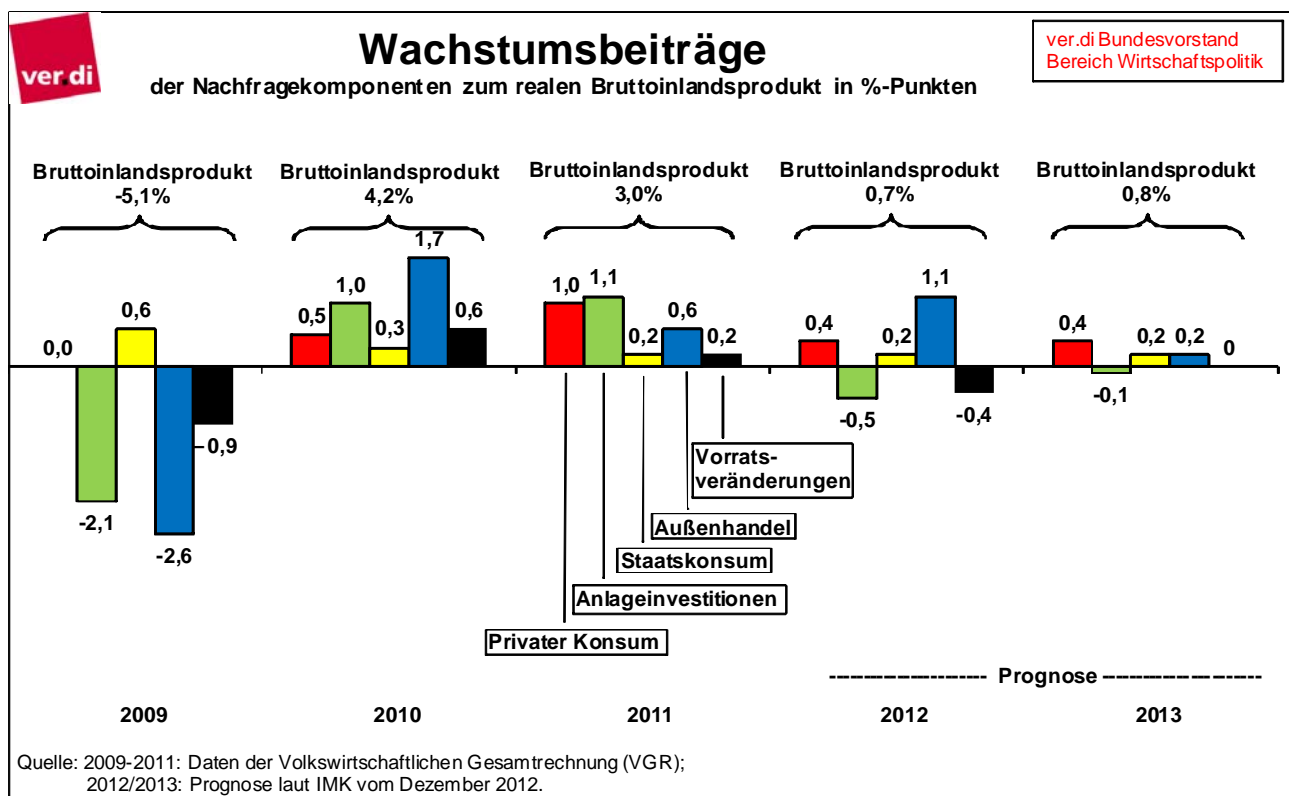
Aufschwung am Ende	2
Schwache Binnennachfrage	3
Lohnentwicklung weiter zu schwach	5
Konjunkturrisiko Eurokrise	6
Höhere Löhne – gut für uns und gut für Europa	8

Aufschwung am Ende

2010 wuchs die deutsche Wirtschaft um 4,2 Prozent, 2011 noch einmal um 3,0 Prozent. Hierdurch wurde der schwere Absturz 2009 mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um -5,1 Prozent wieder wett gemacht. Dieser kräftige Aufschwung setzt sich aber nicht fort. Bereits letztes Jahr war nur noch ein Wachstum von 0,7 Prozent zu verzeichnen. Und auch für 2013 prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute nur noch ein schwaches Wachstum. Damit ist auch Schluss mit dem Beschäftigungsaufbau. Die Arbeitslosigkeit beginnt wieder zu steigen: Im Vergleich zum Januar 2012 lag im Januar 2013 die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 54.000 höher.

Im Vergleich zu unseren Nachbarn steht die deutsche Wirtschaft jedoch noch gut da. In der Hälfte der Euroländer schrumpfte 2012 die Wirtschaftskraft – besonders drastisch in Griechenland (-6,0 Prozent), Portugal (-3,0 Prozent), Italien (-2,2 Prozent) und Spanien (-1,3 Prozent). Auch für nächstes Jahr wird für diese Länder ein starker Rückgang der Wirtschaftsleistung prognostiziert. Die Arbeitslosigkeit kletterte in Südeuropa auf Rekordniveau. In Spanien und Griechenland hat ungefähr jede/r Vierte keine Arbeit.

Der Euroraum steckt in einer schweren Rezession. Im vergangenen Jahr ist die europäische Wirtschaft um -0,4 Prozent geschrumpft. Für 2013 prognostiziert das *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung* (IMK) einen weiteren Rückgang der Wirtschaft um -0,5 Pro-



zent. Heute sind in den 17 Euroländern fast 19 Millionen Menschen ohne Arbeit – Tendenz steigend!

Derweil redet sich die Regierung Merkel die Entwicklung schön. Die deutsche Kanzlerin feierte ihre Regierung auf dem letzten CDU-Parteitag als „die erfolgreichste Regierung seit der Wiedervereinigung“.

„Alles richtig gemacht“, so die Botschaft, die Wirtschaftsminister Rösler landauf, landab verkündet.

Gleichzeitig senkte die Regierung Merkel im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 0,4 Prozent. Ungeachtet dessen behauptet aber Philip Rösler, dass das heimische Wachstum „trotz zunehmender Belastungen und Risiken aus dem In- und Ausland robust“¹ sei.

Schwache Binnennachfrage

Die heimische Konjunkturschwäche ist maßgeblich auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen. Die Eurokrise lässt viele Unternehmen pessimistischer in die Zukunft blicken. Damit investieren die Firmen nicht mehr in die Erweiterung ihrer Produktionsanlagen. Der Rückgang der Investitionstätigkeit geht einher mit einem schwachen privaten und öffentlichen Konsum. Folglich wird das Wachstum nicht mehr von der Binnennachfrage gestützt. Lediglich der Exportüberschuss sorgte im letzten Jahr noch für Wachstum.

Eine starke Exportabhängigkeit bei schwacher Binnennachfrage bleibt somit das zentrale Charakteristikum der deutschen Wirtschaft. Diese Kombination hatte Deutschland bereits vor der Krise das schwächste Wachstum in Europa beschert: Eine boomende Exportwirtschaft konnte die Bremseffekte der Binnenwirtschaft nicht wett machen.

Nach der Krise sah es zunächst so aus, als würde das heimische Wachstum plötzlich auf zwei Beinen stehen. Die Investitionen trugen ebenso zum Wachstum bei wie der private und öffentliche Konsum. Hierfür verantwortlich waren vor allem die relative Stabilität der Beschäftigung durch Abbau von Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit sowie die konjunkturstützenden Maßnahmen der Bundesregierung (Abwrackprämie, öffentliche Investitionen, etc.).²

Das führte dazu, dass der private Konsum relativ stabil blieb, während das Bruttoinlandsprodukt durch den Einbruch beim Export und bei den Investitionen stark zurückging. Die Binnennachfrage wurde so 2010 und 2011 zu einer zentralen Stütze der Konjunktur. Heute fällt die

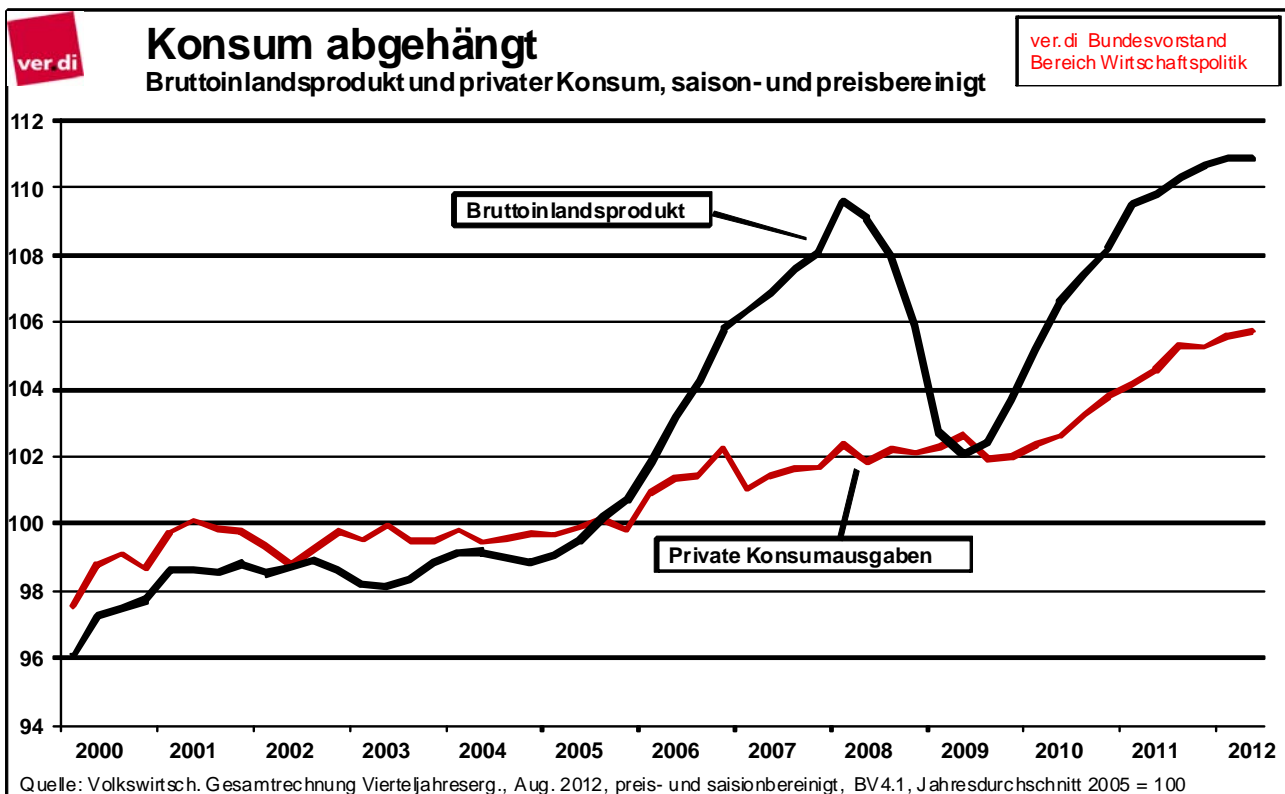
¹ Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 2013, S. 7.

² Vgl. hierzu die Wirtschaftspolitischen Informationen Nr. 3 vom Juni 2012.

wirtschaftliche Entwicklung jedoch wieder in das alte Muster zurück. Die erforderliche dynamische Erhöhung der Konsumnachfrage blieb aus.

Die hohe Bedeutung des Außenhandels für das Wachstum im letzten Jahr kam für viele Beobachter überraschend. Aufgrund der Eurokrise wurde vielmehr mit einem deutlichen Exportrückgang gerechnet. Schließlich gehen rund 40 Prozent der deutschen Exporte in den gemeinsamen Währungsraum. Doch der Exporteinbruch nach Südeuropa wurde durch steigende Ausfuhren in die USA, die asiatischen Schwellenländer und Japan ausgeglichen. Trotz Eurokrise legten die deutschen Exporte gegenüber 2011 insgesamt um 4,1 Prozent zu.³

Die starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist aber alles andere als ein nachhaltiges Erfolgsmodell. Die guten außenwirtschaftlichen Ergebnisse wurden erst durch einen schwachen Euro ermöglicht. Vom Höchststand bei 1,45 Dollar je Euro im Sommer 2011 ist der Wechselkurs auf knapp über 1,20 Dollar im Juli 2012 abgesackt. Die Euroschwäche ist durch die Krise verursacht und wird nicht ewig anhalten. Im Trend steigt der Kurs seither wieder und liegt momentan bei 1,35 Dollar. Eine Euroaufwertung verteuert die deutschen Ausfuhren in alle Nicht-Euroländer. Darüber hinaus setzt ein Festhalten an der einseitigen Exportorientierung die deutsche Wirtschaft noch stärker den Turbulenzen des Weltmarktes aus.



³ Vgl. IMK-Report 79 vom Januar 2013, S. 4

Lohnentwicklung weiter zu schwach

Die chronische Binnenmarktschwäche wurzelt in einer schwachen Lohnentwicklung. Zwischen 2000 und 2011 sind die deutschen Reallöhne nicht mehr gestiegen. Der verteilungsneutrale Spielraum – Produktivitätszuwachs plus Inflation - wurde nicht mehr ausgeschöpft. Folglich sind die Gewinne geradezu explodiert. Die Profite sind seit der Jahrtausendwende trotz Krise um real 30 Prozent gestiegen.

Die schlechte Lohnentwicklung ist aber nicht Ergebnis einer bewussten tarifpolitischen Enthaltensamkeit. Sie ist vielmehr Ausdruck einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik des letzten Jahrzehnts hat die gewerkschaftliche Verhandlungsposition empfindlich geschwächt. Der Ausbau des Niedriglohnssektors, Leiharbeit, Minijobs, immer mehr Teilzeit und Befristungen, Werkverträge und Hartz IV setzten die Löhne unter Druck. Die massive Tariffucht der Arbeitgeber tat ein Übriges. Aufgrund zahlreicher Haustarifverträge, Öffnungsklauseln und Härtefallregelungen ist die Tarifpolitik heute stärker dezentralisiert und verbetrieblacht.

Trotz Tariflohnsteigerungen stagnierten die gesamten Arbeitseinkommen, da die Unternehmen mehr Billigjobs schufen.

Das was ver.di, IG Metall & Co aushandeln, kommt bei immer weniger Beschäftigten an. Lediglich 63 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützt heute noch ein Tarifvertrag. Folglich wurden die Löhne ausgebremst. Die realen Tariflöhne sind in den letzten zehn Jahren zwar um rund sieben Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum sanken aber die Bruttolöhne je Beschäftigter/m um zwei Prozent. Damit hatte Deutschland europaweit die rote Laterne bei der Lohnentwicklung.

Statt die fortschreitende Entwertung der Arbeitskraft durch eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu stoppen, macht die schwarz-gelbe Regierung genau das Gegenteil: Ab dem 1. Januar 2013 wurde die Einkommensgrenze für Mini- und Midijobs von 400 auf 450 Euro bzw. von 800 auf 850 Euro noch ausgeweitet. Damit drohen noch mehr sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Vollzeit Arbeitsplätze verdrängt zu werden, wodurch der Lohndruck weiter steigt.⁴

Mit Beginn der Krise brachen Gewinn- und Vermögenseinkommen zunächst ein, erholten sich aber recht schnell wieder. Die Arbeitnehmerentgelte stiegen nach langer Durststrecke endlich wieder an, vor allem durch den Anstieg der Beschäftigung. Nachdem die Lohnsteigerungen

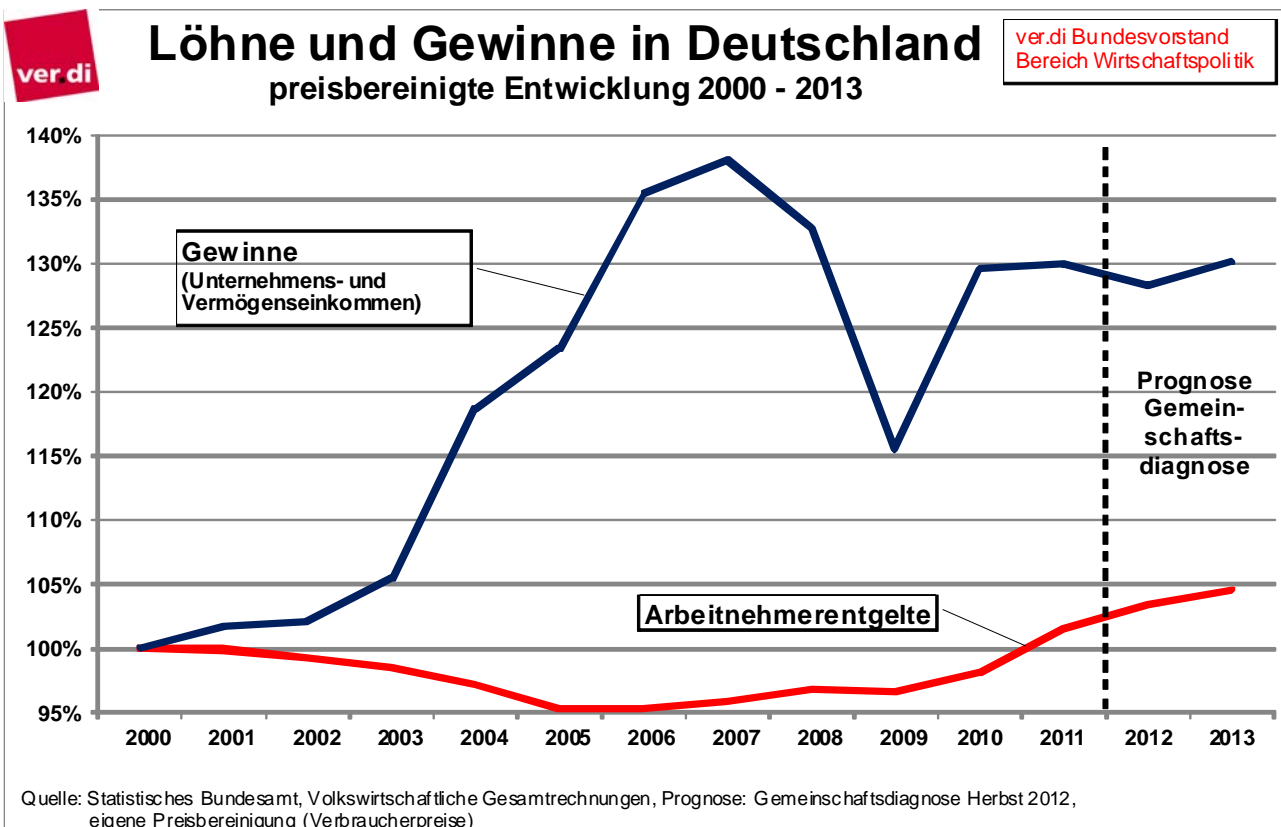
⁴ Neuere empirische Untersuchungen untermauern, dass Minijobs die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängen. Vgl. hierzu u.a. das Schwerpunktheft 1/2012 der WSI-Mitteilungen zum Thema „Minijobs“.

2011 noch vollständig von der Inflation aufgefressen wurden, blieb 2012 ein realer Zuwachs von 0,7 Prozent. Kleine Schritte in die richtige Richtung! Aber für ein stärker binnenorientiertes Wirtschaften sind weitere kräftige Lohnsteigerungen notwendig.

Konjunkturrisiko Eurokrise

Seit drei Jahren durchlebt das Euroland eine Dauerkrise. Lange Zeit schwebte der Euro in Lebensgefahr. Erst als der oberste europäische Zentralbanker Mario Draghi im Sommer 2012 verkündete, dass die Notenbank alles tun wird, um den Euro zu retten, beruhigte sich die Lage. In den Krisenstaaten sanken die Zinsen.

Der wirtschaftliche Absturz des Währungsraums setzte sich jedoch ungehindert fort. Die Kürzungspolitik der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und IWF) ruiniert die südeuropäischen Volkswirtschaften. In diesen Euroländern schrumpft die Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit steigt. Die südeuropäischen Schuldenberge sind heute größer als je zuvor. Jetzt mussten selbst die IWF-Sparkkommissare eingestehen, dass sie die negativen Folgen der Kürzungspolitik unterschätzt hatten. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Krise des Südens auch den Norden Europas erreicht. Sinkende Einkommen in den südlichen Ländern bremsen auch die Nachfrage nach französischen und deutschen Produkten. Folglich schrumpft fast überall im Euroland die Wirtschaft. Lediglich die deutsche Wirtschaft konnte sich aufgrund ihrer starken Präsenz auf den außereuropäischen Märkten bislang dem Abwärtssog entziehen. Der Eurozone droht eine anhaltende Rezession.



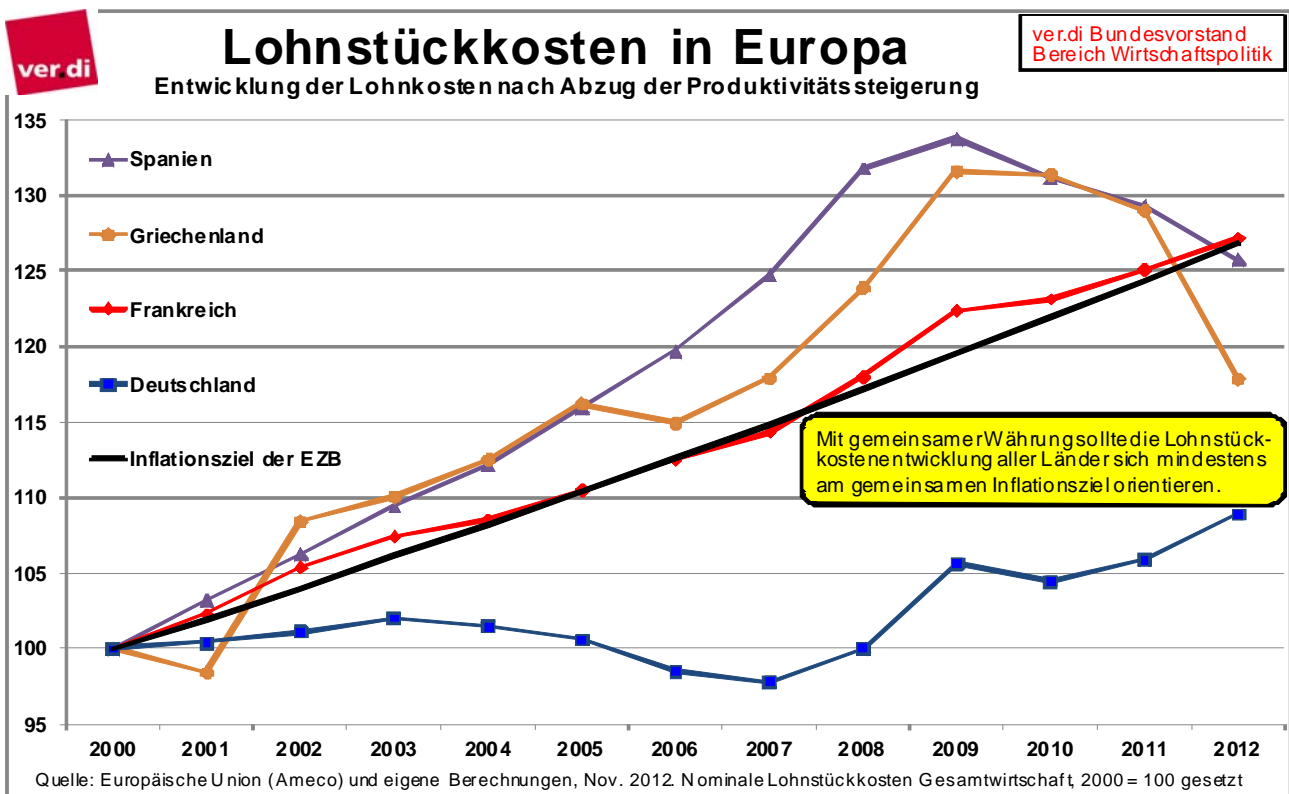
Die Eurokrise ist ein großes Risiko für die Weltwirtschaft. Eine kriselnde europäische Wirtschaft schwächt auch das Wachstum in Asien und den USA. Ein rückläufiges globales Wachstum hätte unmittelbare negative Folgen für die deutsche Exportwirtschaft. Darüber hinaus können bei anhaltender Wachstumsschwäche die realwirtschaftlichen Ursachen der Eurokrise nicht überwunden werden.

Die Rezession des Euroraums bedroht auch Deutschland.

Eine wesentliche Ursache der Eurokrise ist die zunehmende Kluft zwischen Volkswirtschaften, die im Außenhandel große Überschüsse erzielen und solchen, die große Defizite aufweisen. Deutschland hat diese Spaltung befördert. In allen Euroländern stiegen bis zur Krise die Real-löhne. Hierzulande sanken hingegen die preisbereinigten Löhne und Gehälter.

Durch die Lohnschwäche stiegen die Preise langsamer als in den Nachbarländern – in der Fachsprache: die deutsche Wirtschaft wurde preislich wettbewerbsfähiger. Deutsche Waren und Dienstleistung verbilligten sich gegenüber italienischen, griechischen oder spanischen Erzeugnissen. So wurde der Absatz deutscher Exporte gefördert. Zugleich beschränkte die niedrige Massenkaukraft die deutschen Importe. Beides zusammen ließ die deutschen Exportüberschüsse immer weiter steigen.

Vor der Euroeinführung wäre dieser „Billiger-Effekt“ schnell verpufft. Eine höhere Nachfrage nach deutschen Ausfuhren hätte die nationale Währung verteuert. Folglich hätte die damalige



DM gegenüber den Währungen unserer Handelspartner aufgewertet. Nach wenigen Monaten hätte die Währungsaufwertung den Lohnkostenvorteil wieder ausgeglichen. Zugleich hätte der höhere Kurs der deutschen Währung Importe aus anderen Ländern einschließlich Urlaubsreisen von Deutschen ins Ausland verbilligt und gesteigert. Der deutsche Überschuss wäre so von beiden Seiten reduziert worden.

Im gemeinsamen Währungsraum fällt dieser Ausgleichsmechanismus weg. Die höhere preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft blieb erhalten. Die deutschen Exportüberschüsse stiegen ebenso wie die Defizite unserer südeuropäischen Nachbarn.

Höhere Löhne – gut für uns und gut für Europa

Die aktuelle Konjunkturschwäche und die Risiken der Eurokrise verlangen eine höhere Binnen- nachfrage. Kräftige Lohnzuwächse könnten das heimische Wachstum ankurbeln. Höhere Löhne sind aber auch ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Eurokrise.

Die klassische Lohnformel ergibt für das laufende Jahr einen „verteilungsneutralen Spielraum“ von drei Prozent. Dieser Wert setzt sich zusammen aus einer für Deutschland prognostizierten Preiserhöhung⁵ von 1,7 Prozent und Steigerung der Stundenproduktivität⁶ von 1,3 Prozent.

In einem gemeinsamen Währungsraum ist es jedoch problematisch, nur die nationale Entwicklung zu berücksichtigen und die anderen Mitgliedsländer außen vor zu lassen. So sind hierzulande Löhne und Preise viele Jahre langsamer gestiegen als in den übrigen Euro- Ländern. Wenn sich die heimische Lohnentwicklung an der schwächeren nationalen Preisentwicklung orientiert, vertiefen sich die Unterschiede zu den anderen Ländern weiter.

Der verteilungsneutrale Spielraum für Lohnerhöhungen beträgt für das Jahr 2013 drei bis 3,5 Prozent.

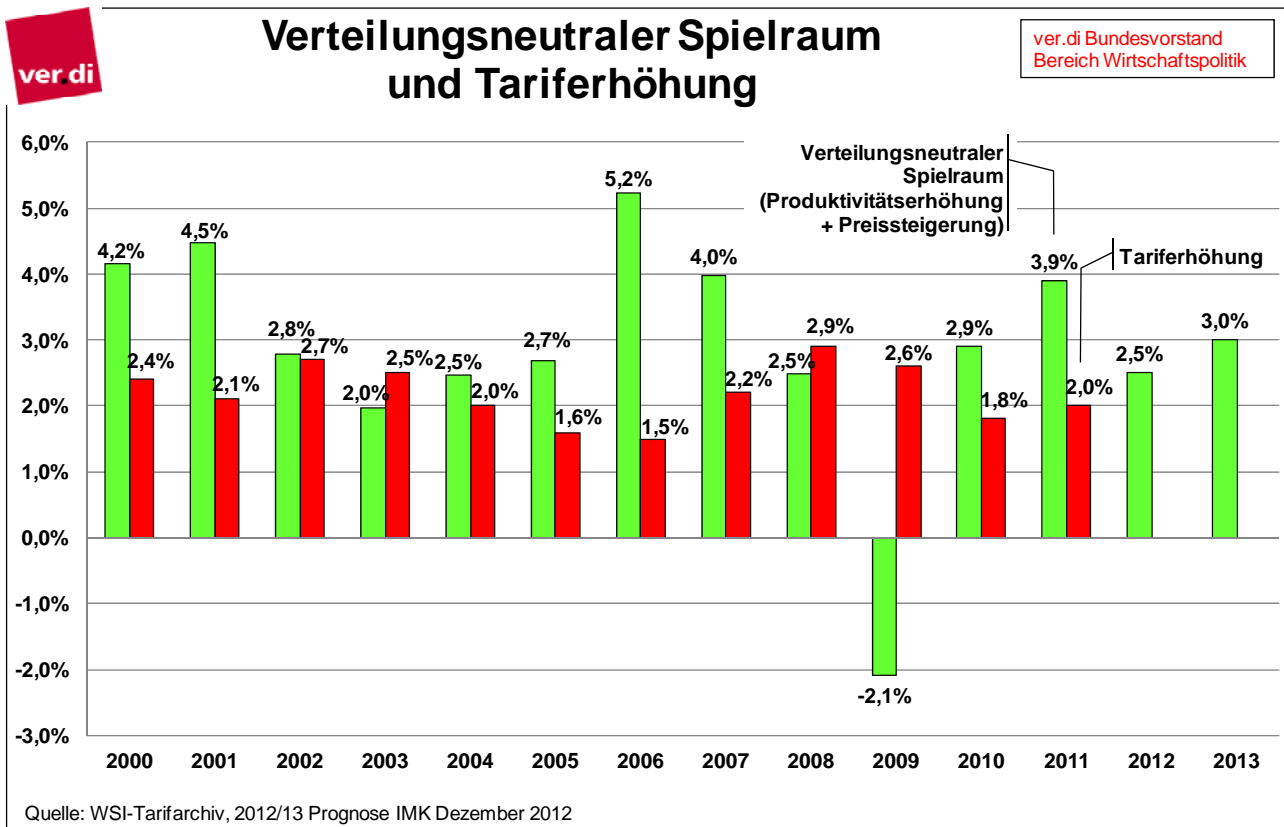
Deswegen muss der Maßstab die für den gesamten Währungsraum angepeilte Preissteigerung sein, das heißt die sogenannte „Zielinflationsrate“ der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent. Da die Produktivitätsentwicklung mit den Konjunkturzyklen schwankt, ist es außerdem sinnvoller, sich am längerfristigen Trend zu orientieren. Dieser liegt bei 1,5 Prozent. Somit ergibt sich als Zielmarke für die Lohnentwicklung ein Zuwachs von 3,5 Prozent. Dieser müsste allerdings über alle Löhne und Gehälter hinweg erreicht werden, und zwar auf 12 Monate gerechnet und tabellenwirksam. Und als Ergebnis, nicht als Forderung. Nur so kann dafür gesorgt werden, dass die Früchte höherer Produktivität der Gesellschaft bei den Beschäftigten ankommen und die Verteilung zwischen „Arbeit und Kapital“ konstant bleibt.

⁵ Anstieg der Verbraucherpreise

⁶ Gesamte Wertschöpfung geteilt durch die Zahl der Arbeitsstunden

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass im letzten Jahrzehnt eine erhebliche Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen stattgefunden hat. Häufig konnte der verteilungsneutrale Spielraum nicht ausgeschöpft werden. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger hält eine Lohnerhöhung von fünf Prozent „über alle deutschen Branchen“ hinweg für gerechtfertigt.⁷

Mit Lohnsteigerungen im Bereich von 3,0 bis 3,5 Prozent würden die Beschäftigten am aktuellen wirtschaftlichen Zuwachs beteiligt. Höhere Abschlüsse würden darüber hinaus die erfolgte Umverteilung der Vergangenheit ein Stück zurückführen. Gleichzeitig würde der Anpassungsprozess der Löhne im Euroraum auf sozialverträgliche Weise – nämlich durch Lohnsteigerungen in Deutschland, statt durch Lohnkürzungen in den südlichen Ländern – unterstützt.



⁷ Professor Peter Bofinger zur Tarifrunde 2013 im SPIEGEL, Nr. 2, 7.1.2013, S. 27.